

# beraten und beschlossen

## Bericht aus der Landessynode

IV. Tagung der 25. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers vom 6. bis 9. Mai 2015

### Landeskirche setzt auf mehr Klimaschutz

Die Landeskirche will den Klimaschutz in ihren Kirchengemeinden und Einrichtungen voranbringen. Die Landessynode beriet über die Umsetzung eines umfassenden Konzeptes mit dem Ziel, die CO<sub>2</sub>-Emissionen deutlich zu reduzieren und so langfristig auch wirtschaftlicher zu arbeiten. Bis zum Jahr 2030 sollen unter anderem die Emissionen aus Gebäuden um 30 Prozent sinken.

„Der Gebäudebereich ist der größte Verursacher von Treibhausgasen“, sagte Umweltreferent Reinhard Benhöfer. Deshalb könnten hier die meisten Emissionen, aber auch die meisten Kosten für Energie eingespart werden. Die Landeskirche verfügt über rund 8.000 Gebäude. Etwa 1.600 davon sind Kirchen oder Kapellen, hinzu kommen Gemeindehäuser oder Pfarrhäuser. Um Energie zu sparen und CO<sub>2</sub>-Emissionen zu vermeiden, soll ihr Bedarf an Strom und Wärme nach und nach reduziert werden. Zudem sollen die Gebäude nach Möglichkeit ab 2016 auf erneuerbare Energien umgestellt werden.

Geplant ist auch ein Kilometergeld für Dienstfahrten mit dem Fahrrad. Damit wolle die Kirche für ihre mehr als 25.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbei-



*Katharina Sift und Gerhard Tödter bei einem Besuch der Landessynode im Haus kirchlicher Dienste.*

ter Anreize schaffen, verstärkte das Rad zu nutzen, erläuterte Benhöfer. Das Landeskirchenamt prüft, bis zu tausend CO<sub>2</sub>-arme Dienstfahrzeuge anzuschaffen. Dieses Vorhaben sei allerdings aufwendig, sagte Benhöfer. Es seien zahlreiche technische und steuerliche Details zu bedenken: „Wenn es uns gelänge, 150 Fahrzeuge anzuschaffen, würde ich das schon als Riesenerfolg bezeichnen.“

Bis 2030 sollen die durch Fahrten verursachten CO<sub>2</sub>-Emissionen um 50 Prozent sinken – die Landeskirche schließt sich hier den Klimaschutzzielen der Bundesregierung an. Für Emissionen, die sich nicht vermeiden lassen, zahlt die Kirche in einen Klimafonds ein, aus

### Aus dem Inhalt

Surborg: Landeskirche gut aufgestellt

Seite 3

Landesbischof nimmt Flüchtlinge auf

Seite 6/7

Neue Chancen für Konfirmandenarbeit

Seite 9





*Reinhard Benhöfer stellte das Klimaschutzprogramm vor.*

dem Umweltprojekte in armen Ländern finanziert werden. Auch beim Einkauf will die Landeskirche künftig verstärkt auf den Klimaschutz achten. Das gelte Benhöfer zufolge zum Beispiel für den Papierverbrauch oder den Fleischverzehr in Kirchengemeinden und Einrichtungen. Außerdem soll der Ausstoß von Treibhausgasen auf Landflächen verringert werden, die der Kirche gehören. Dazu will die Landeskirche Bestimmungen zum Klimaschutz in alle neu abgeschlossenen Pachtverträge aufnehmen. Das Landeskirchenamt beschloss Umweltleitlinien, nach denen die Kirche die Lebensgrundlagen künftiger Generationen achten und verantwortlich mit Tieren und Pflanzen umgehen will.

Der Bericht zeige, wie der Umweltschutz in der Kirche ganz praktisch gelebt werden könne, sagte Bettina Siegmund in der Aussprache. Allerdings werde man auch damit leben müssen, dass einige Entscheidungen der Landessynode dem entgegenstünden: „Die Zusammenlegung von Zuständigkeitsbereichen und die damit verbundenen Fahrten etwa sorgen für mehr Individualverkehr.“ Wichtig sei es, alle Haupt- und Ehrenamtlichen bei den Entscheidungen mitzunehmen.

„Nur dann kann Klimaschutz gelingen.“ Ihr Antrag, den Bericht an den Umwelt- und Bauausschuss zur Beratung zu überweisen, wurde angenommen. Der Jugenddelegierte Claas Goldenstein betonte, der Klimabericht und die angestrebte CO<sub>2</sub>-Kompensation zeugten von „hoher Motivation und Sachverstand“. Es sei ein großer Schritt nach vorn, dass Kirche sich hier positioniere, denn „Nachhaltigkeit ist Gerechtigkeit auf Zeit“. Allerdings lasse sich Klimaschutz nicht allein am CO<sub>2</sub>-Ausstoß festmachen. „Dafür ist ein Paradigmenwechsel in der Gesellschaft

notwendig.“ Es reiche nicht, dass die Kirche „in ihrem eigenen Hinterhof aufräumt, sie muss als Kirche weltweit Weichen stellen.“ Auch für Karl-Otto Scholz ist der Klimaschutzbericht ein wichtiges Signal, denn „Umweltschutz ist auch Generationengerechtigkeit“. Dem Lob für den Bericht konnte sich Christine Lührs keineswegs anschließen. Für die Menschen, die in und von der Landwirtschaft lebten, sei dieser Bericht mit seinen Zielen „völlig realitätsfern“, stellte sie fest. „Die Gemeindeglieder werden sagen: Die spinnen da oben!“ Viele Menschen hätten sich mit ihrer Lebensweise von der Landwirtschaft entfernt, wüssten viel zu wenig darüber und schätzten die Arbeit der Landwirte deshalb zu wenig wert. „Da müssen wir anfangen, nicht ganz unten bei der Verpachtung“, so Lührs. Der Austausch zwischen Landwirtschaft und Kirche komme ihr im Moment viel zu kurz.

Auf diese Konflikte ging Benhöfer in seinem Schlusswort noch einmal ein. „Wenn wir Klimaschutz ernst meinen, dann tut das weh“, betonte er. „Das wird nicht konfliktfrei abgehen.“ Die Beteiligten müssten auf allen Ebenen miteinander ringen, ohne ihre Verantwortung zu vernachlässigen.



*Übte harsche Kritik am Klimaschutzkonzept: Christine Lührs*

# Surborg: Landeskirche finanziell gut aufgestellt

**Nach langer Durststrecke ist die Landeskirche finanziell wieder weitgehend stabil. Im vergangenen Jahr nahm sie 26 Millionen Euro mehr an Kirchensteuern ein als 2013.**

Das gab der Vorsitzende des Landes-synodalausschusses (LSA), Jörn Surborg, zum Auftakt der Frühjahrstagung der Landessynode bekannt. Das Haushaltsvolumen lag bei insgesamt rund 718 Millionen Euro. Die Landeskirche erzielte einen Überschuss von 16,7 Millionen Euro, der in eine Versorgungsrücklage floss.

„Insgesamt ist unsere Landeskirche gut für die Zukunft aufgestellt“, bilanzierte Surborg. Zugleich warnte er vor zu viel Optimismus: „Die Zeichen für finanziell schlechtere Zeiten sind bereits sichtbar.“ Nach 2021 werde die Kirche voraussichtlich wieder Defizite einfahren. Im Langzeittrend der Kirchensteuern seit 1970 ergebe sich ein Realverlust von 20 Prozent.

Der Gebäudestand der Landeskirche sei groß – sie muss insgesamt rund 8.000 Gebäude unterhalten. Die Personalkosten lägen bei insgesamt 690 Millionen Euro pro Jahr, denen nur 420 Millionen an Kirchensteuern gegen-

überstünden. Die Lücke von 270 Millionen Euro füllt die Landeskirche üblicherweise durch Drittmittel wie bei den Erzieherinnen und durch Eigenmittel wie Zinsen. Die derzeitige Niedrigzinsphase mache es aber zunehmend schwieriger, gute Zinserträge zu erzielen, sagte Surborg.

Die Landeskirche beschäftigt rund 1.800 Pastorinnen und Pastoren, dazu rund 23.000 weitere Mitarbeiter wie Musiker, Küster, Sekretärinnen oder Kindergärtnerinnen. Mit einem Einmalbetrag von 208,2 Millionen Euro sicherte sie im vergangenen Jahr die Altersversorgung ihrer Pastoren und Kirchenbeamten.

Surborg äußerte sich auch zu dem Vorschlag, die Besoldung der Superintendenten zu erhöhen. Gegen das Votum des Finanzausschusses empfahl der LSA, die Besoldung nach A 15 mit einer ruhegehaltfähigen Zulage von 75 Prozent des Unterschiedsbetrages zur Besoldungsgruppe A 16 ab Januar

2017 anzuheben. Dafür sprechen laut Surborg vor allem die gestiegenen Anforderungen an das heutige Superintendentenamtsamt. Zudem gelte es, dieses Amt „für die besten Pastoren, die wir haben“, attraktiv zu machen.

In der Aussprache entzündete sich an diesem Punkt Widerspruch. Jens Rannenbergs gab zu bedenken, der Finanzausschuss und der LSA sollten prüfen, wie sich eine Erhöhung langfristig auf die Pensionsleistungen auswirke. „Davon kommen wir nicht mehr runter.“ Dem schloss sich Antje Roggenkamp an. Die Erhöhung werde einen sechsstelligen Betrag kosten. „Das ist an der Basis nicht vermittelbar.“ Die Landessynode entschied, dies zu einem späteren Zeitpunkt weiter zu diskutieren.

In der Diskussion um die Pfarrdienstwohnungen warf Jürgen Haake die Frage auf, wie die Finanzierung der Büroausstattung der Amtszimmer aus kirchlichen Mitteln zu erfolgen habe. Kerstin Dede erkundigte sich nach den Dienstzimmern für Diakone. Hintergrund ist, dass die Ausstattung von Amtszimmern künftig von den Kirchengemeinden finanziert werden muss. Rainer Mainusch sagte dazu, es müsse überlegt werden, ob die Zuweisungen an die Kirchenkreise dafür erhöht werden müssten. Die amtlichen Räume für Diakone müssten öffentlichkeitswirksam sein und dürften nicht in Verbindung mit privaten Räumen stehen.

Im Blick auf die Beratung und Begleitung von Flüchtlingen stellte Karin Köhler den Antrag zu prüfen, ob und in welchem Umfang weitere Hilfen über die bereits freigegebenen 600.000 Euro für 2015 und 2016 hinaus zur Verfügung gestellt werden können.



*Ortrud Wendt und Karsten Sierk bei der Abstimmung*

# Kommunikation ist das Kerngeschäft der Kirche

**Die Landeskirche sucht neue Wege, um nach innen und außen noch besser zu kommunizieren. Zurzeit wird deshalb an einem Kommunikationskonzept gearbeitet. Außerdem will der Landesbischof einen besonderen Brief an alle Kirchenmitglieder schreiben.**

Landesbischof Ralf Meister will sich im Laufe des Jahres mit einem persönlich adressierten Brief an alle rund 2,7 Millionen Kirchenmitglieder zwischen Hann. Münden und Cuxhaven wenden. Für diese Aktion seien 1,5 Millionen Euro veranschlagt, sagte Pressesprecher Johannes Neukirch vor der Landessynode. Der größte Teil dieser Summe falle für das Porto an. „Auch in Zeiten digitaler Kommunikation und sozialer Netzwerke ist die Kommunikation per Brief die allererste Wahl wertschätzenden Kontaktes“, unterstrich Neukirch.

Der Landesbischof sagte, ihm liege viel daran, in einen direkten Kontakt mit den Mitgliedern zu kommen. Er hoffe, mit einem persönlichen Brief auch kirchlich eher distanzierte Menschen zu erreichen. Ob es bei einem Brief bleibe

oder weitere folgen sollten, sei bisher noch nicht entschieden.

Hintergrund der Überlegungen sind Neukirch zufolge unter anderem die Daten einer Mitgliederschaftsstudie, der zufolge immer mehr Kirchenmitglieder nur noch wenig Kirchenbindung hätten und kaum noch etwas von ihrer Kirche erwarteten. Besonders die unter 50-Jährigen dächten häufig kritisch darüber nach, ob sie überhaupt noch in der Kirche bleiben wollten.

Bisher seien noch viele praktische Fragen einer solchen Aktion wie Zeitpunkt, Inhalt und Frequenz eines Briefes an die Mitglieder offen, sagte Neukirch. „Es gibt erste Vorstellungen und Ideen, die weiter diskutiert und entwickelt werden müssen.“ Dabei sei klar, dass diese Form der Kommunikation kein Allheilmittel sei und es auch keine Prog-

nosen zur ihrer Wirksamkeit gebe.

Der geistliche Vizepräsident des Landeskirchenamtes, Arend de Vries, stellte in einem Zwischenbericht die Eckdaten eines neuen Kommunikationskonzeptes für die Landeskirche vor. „Für die Kirche ist Kommunikation – auch wenn die biblischen Texte diesen Begriff noch nicht kennen – das Kerngeschäft.“ Es gehe darum, „das, was gut ist, noch deutlich zu verbessern“ und den neuen Entwicklungen in der Medienwelt anzupassen.

Mit der Ausarbeitung eines Konzeptes sei das hannoversche Beratungsinstitut „aserto“ beauftragt worden, das von einer landeskirchlichen Steuerungsgruppe unterstützt werde. „Auf der Basis von Bestehendem wird angesetzt, um vorhandene Strukturen und Prozesse zu optimieren“, betonte der Vizepräsident. Die Landessynode erhalte zur Tagung im November 2015 den Abschlussbericht.

In der anschließenden Aussprache gab es vor allem zu dem geplanten Bischofsbrief sowohl kritische als aber auch viele positive Stimme. Sowohl die Kosten für die Aktion als auch die Erfolgsaussichten wurden hinterfragt. Dagegen appellierte Ralf Bade an das Kirchenparlament: „Als Protestanten sollten wir nicht so mutlos sein, probieren wir es einmal aus.“

Der Jugenddelegierte Claas Goldenstein war regelrecht begeistert: „Jetzt können wir mal auf den Putz hauen und den Leuten sagen, was Kirche alles macht.“ Schließlich sei die Kirche ein „Top-Level-Player“ mit über 2000-jähriger Tradition.



*Johannes Neukirch stellte das Kommunikationskonzept vor.*



## Bedarfsgerechter Gebäudebestand

Das alleinige Ziel des kirchlichen Gebäudemanagements darf nicht die Reduzierung des Bestandes sein. Dies wäre zu kurz gegriffen, machte Oberlandeskirchenrat Adalbert Schmidt in seinem Bericht zum Gebäudemanagement in den Kirchenkreisen deutlich. „Vielmehr gilt es, einen bedarfsgerechten Gebäudebestand aufzubauen und zu erhalten.“ Angesichts stetig sinkender Mitgliederzahlen sei eine Straffung zwangsläufig. Langfristig gehe es darum, einen bedarfsgerechten, funktionalen, wirtschaftlichen und zeitgemäßen Gebäudebestand zu erreichen. „Gebäudemanagement muss aber auch dafür sorgen, dass unser kulturelles und theologisches in Stein gegossenes Erbe erhalten bleibt“, machte er die Brisanz des Themas deutlich.

Der Gebäudebedarfsplan soll für jeden Kirchenkreis den langfristigen Bedarf an Immobilien für die kirchliche Arbeit aufzeigen. In den vergangenen acht Jahren sei der Gebäudebestand kontinuierlich um 20 bis 30 Bauten pro Jahr zurückgegangen, so Schmidt. Derzeit verfügt die Landeskirche noch über 7.940 Immobilien. Die Kirchenkreise sind verpflichtet, einen Bedarfsplan zu erarbeiten. Hier sei man auf einem guten Weg, dennoch sei das Thema keinesfalls abgeschlossen. Der Antrag von Bettina Siegmund, das Aktenstück an den Umwelt- und Bauausschuss zur Beratung zu überweisen, wurde angenommen. „Wir stellen fest, dass immer mehr Räume wegfallen, die wir für die Jugendarbeit dringend brauchen“, machte Ruben Grüssing deutlich. Er bat darum, die Bedürfnisse der Jugendarbeit im Gebäudemanagement stärker zu berücksichtigen.

## Neue Trägerschaft für Kitas

**Die Trägerschaft für viele Kindertagesstätten ist oft von einzelnen Kirchengemeinden auf übergemeindliche Trägerverbände verlagert worden. Diese sind künftig jeweils für mehrere Kitas zuständig.**

Mit der Neuordnung der Trägerstrukturen im Bereich der Kindertagesstätten sei man „ganz erheblich weitergekommen“, bilanzierte Christoph Künkel, Vorstandssprecher des Diakonischen Werkes evangelischer Kirchen in Niedersachsen e.V. Die Zahl der übergemeindlichen Träger von Kindertagesstätten in der Landeskirche ist von 2010 bis 2014 stark angestiegen: Nachdem sich im Jahr 2010 in elf Kirchenkreisen übergemeindliche Trägerstrukturen für Kitas gebildet hatten, waren es 2014 bereits 40 von insgesamt 49 Kirchenkreisen. „Der Prozess ist noch nicht abgeschlossen“, betonte Künkel. Mitte 2016 erwarte er konkrete Ergebnisse, die dann den Kirchenkreisen zur Verfügung gestellt werden sollen. Jens Rannenbergs beantragte, dass der Landessynode bis 2016 über die weitere Entwicklung berichtet werden solle. Dieser Antrag wurde angenommen.

Wichtige Ziele seien eine landeskirchenweit erkennbare Qualität der Tagesstätten, ein differenziertes Fort- und Weiterbildungsangebot und die Integration der Kitas in die örtliche Kirchengemeinde, erklärte Künkel. Ein Antrag von Hanna Löhmannsröben, das Landeskirchenamt möge eine Aufstellung aller Aus- und Fortbildungsangebote erstellen, wurde in diesem Zusammenhang abgelehnt.

Die Kirchenkreise müssten in die religionspädagogische Arbeit eingreifen können, betonte Jörg Zimmermann. „Dieser Mittelbau fehlt im Bericht völlig“, kritisierte er und verwies auf den Fachkräftemangel im Bereich der Kindertagesstätten. Dieser führe dazu, dass die Einrichtungen zunehmend auf Fachkräfte ohne kirchlichen Hintergrund zurückgriffen. „Da müssen wir vor Ort auf Kirchenkreisebene reagieren. Dafür brauchen wir finanzielle Mittel“, forderte er.

# Landesbischof Ralf Meister öffnet Wort

Von Judentum bis zum Islam, von der Demokratie bis zur Flüchtlingsfrage: Der Landesbischof Ralf Meister hat am 70. Jahrestag des Kriegsendes eine zentrale Rolle. Zum Anfang gab es ein Kapitel

Landesbischof Ralf Meister öffnet seine Bischofskanzlei für Flüchtlinge. In wenigen Wochen ziehen voraussichtlich mehrere Flüchtlinge in die Kanzlei ein. Das gab Meister vor der Landessynode zum Abschluss seines turnusgemäßen Berichtes bekannt. Die Landeskirche habe eine 40 Quadratmeter große Einliegerwohnung in dem Haus zu diesem Zweck an die Stadt vermietet. Der Landesbischof, der mit seiner Familie ebenfalls in der Kanzlei lebt, wird damit direkter Nachbar der Flüchtlinge.

Meister rief zugleich dazu auf, den Ländern zu helfen, aus denen Menschen fliehen müssen. „Kein Mensch ist freiwillig auf der Flucht.“ Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg gebe es weltweit mehr als 50 Millionen Flüchtlinge. Gemessen daran sei die bisherige Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland eine „Marginalie“. Nötig sei mehr gesellschaftliche Akzeptanz für die Aufnahme von Migranten: „Trotz aller Fantasie und Globalität leben und denken wir letztlich provinziell“, sagte Meister.

Zum 70. Jahrestag des Kriegsendes erinnerte Meister an die bleibende Verantwortung der Deutschen. „Dieser Tag bleibt als Tag der Befreiung innerhalb unseres Landes tief eingeschrieben.“ Am 8. Mai 1945 sei der brutale Terror der Nazi-Herrschaft zu Ende gegangen. Die Deutschen könnten dieser Geschichte nicht entrinnen. „Die Antworten auf die zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft prägen unser Nachdenken, unsere Kultur, unser Recht, unsere Politik.“ Die Kirche sei herausgefordert, jeder Form des Nationalismus gegenüber sensibel zu sein. Der Landesbischof äußerte sich zudem



*Auf das Verhältnis zum Islam ging Landesbischof Ralf Meister ein.*

besorgt über die verbreitete Islamfeindlichkeit in der Gesellschaft. „Wenn ich den Begriff islamische Glaubensgeschwister benutze, empfangen ich 50 Hassmails“, sagte er. Die große Zahl friedliebender Muslime werde durch die Gewalttaten weniger Extremisten in ein schlechtes Licht gerückt. „Sie werden in eine Art sozialer Gefangenschaft getrieben von Menschen, die den Islam für Terror und Gewalt missbrauchen.“ Die Kirchen müssten ihre Zusammenarbeit mit den Muslimen vertiefen, forderte der Landesbischof. So könne es mehr „multireligiöse Feiern“ mit Muslimen geben, etwa in Schulen. „Der Islam wird auf evangelischer Seite als eine eigenständige Weltreligion angesehen, die Respekt verdient und mit der das Gespräch geführt werden muss“, unterstrich Meister. Allerdings könne dabei die „missionarische Kraft“

des christlichen Glaubens nicht verneint werden. Der Landesbischof begrüßte Bestrebungen islamischer Theologen, eine westliche Form des Islam zu entwickeln.

Zu Beginn seines Berichtes warnte Meister davor, den Stellenwert des Alten Testaments im Christentum herabzusetzen. In der Geschichte der Kirche seien die Versuche, das Alte Testament von der Bibel abzutrennen, oftmals mit einer theologischen und sozialen Ausgrenzung des Judentums einhergegangen.

Meister bezog sich damit auf umstrittene Äußerungen des Berliner Theologie-Professors Notger Slenczka, der die Zugehörigkeit des Alten Testaments zu den Heiligen Schriften der Christen in Zweifel gezogen hatte. Slenczka argumentierte, die hebräische Bibel spreche in erster Linie zum Judentum, von

## nung in seiner Kanzlei für Flüchtlinge

**Der Bischof spannte im Bischofsbericht wieder einen weiten Bogen. Dabei spielte auch der Mittel Theologie, und für den Schluss hatte er sich eine Überraschung aufgehoben.**

dem sich das Christentum getrennt habe. Es handele sich um die identitätsstiftende Urkunde einer anderen Religion. Eine christliche Deutung des Alten Testaments enteigne das Judentum und fördere Antijudaismus. Slenczka ist stellvertretender Vorsitzender des Theologischen Ausschusses der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD). Seine Thesen stießen unter Fachkollegen, beim Koordinierungsrat der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit und bei mehreren Bischöfen auf massive Kritik.

Auch Meister ging in der Sache auf Distanz zu Slenczka. „Die Interpretation des Neuen Testaments ist nicht möglich ohne den Bezug auf das Alte Testament“, unterstrich er. Die christliche und die jüdische Lesart der hebräischen Bibel stünden in Spannung zueinander, dies müssten aber beide Seiten aushalten.

Die Spannung sei jedoch kein Grund, das Alte Testament aus der Reihe der Heiligen Schriften herauszunehmen. „Das Neue Testament führt nicht aus dem Alten heraus“, sagte Meister. Es führe vielmehr Menschen aus den nichtjüdischen Völkern in das Alte Testament hinein.

Die Aussprache drehte sich zum großen Teil um Meisters Aussagen zum Islam. Es gebe zwar mittlerweile einen wissenschaftlichen Dialog, sagte Rolf Bade, doch es wäre wichtig, diesen Dialog auch gesellschaftlich zu führen. „Im Moment wird nicht theologisch, sondern politisch diskutiert“, machte er deutlich und verwies unter anderem auf die Debatte um das Tragen des Kopftuchs in Schulen. Er befürchte, dass

die Regelung an den Schulen völlig unterschiedlich gehandhabt werde. „Das sollten nicht Elternräte und Schulvorstände entscheiden, da wäre ein analoges Verhalten wünschenswert“, betonte er. „Meine Hoffnung ist, dass sich hier die Stärke unserer Gesellschaft zeigt – dass eine Muslima ein Kopftuch tragen darf, dass sie es aber auch genauso gut lassen darf.“

Florian Wilk plädierte dafür, die Kräfte zu stärken, die sich auch von muslimischer Seite für die Integration einsetzen. „Wenn man das berücksichtigt, ergibt sich ein sehr differenziertes Bild von Muslimen.“

Auch Landesbischof Meister machte noch einmal deutlich, um welche Zahlen es geht: „25 bis 28 Prozent der muslimischen Frauen tragen ein Kopftuch – auch wenn es uns oft anders erscheint. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass zwei Drittel bis drei Viertel der Muslimas kein Kopftuch tragen.“

Zu der von mehreren Synodenmitgliedern geäußerten Befürchtung, die christliche Kultur könne in den Schulen künftig weniger Gewicht haben, sagte er: „Wir gehen davon aus, dass das Schulgesetz unverändert bleibt – und darin wird der Bezug zur christlichen Kultur ganz klar hergestellt.“ Es gebe, so Meister, inzwischen ein innerislamisches Ringen. „Die Fragen entstehen in westlichen Ländern, in einem Kontext, in dem man so frei reden und denken kann wie bei uns“, erklärte er.

Einen ganz anderen Blick warf Claas Goldenstein auf die Frage, wie groß die Gefahr sei, die von Islamisten ausgehe. Angesichts der Vielzahl an Straftaten mit rechtsradikalem Hintergrund stelle sich die Frage: „Wer ist hier eigentlich



*Playmobil-Luther*

eine Gefahr für die Gesellschaft?“ Obwohl Verängstigung und Unwissenheit nicht als Entschuldigung für diese Taten gälten, so liege doch genau dort ihr Ursprung. „Dem müssen wir als Christen entschieden begegnen“, sagte Goldenstein zu den Ausführungen des Landesbischofs unter dem Titel „Irritationen in der Demokratie“.

„Auch in unserer Kirche ist Demokratie kein Selbstläufer“, mahnte der Lüneburger Landessuperintendent Dieter Rathing. „Es kann innerkirchlich irritieren, wenn wir uns die Beteiligung an Kirchenvorstandswahlen anschauen oder wenn die Beteiligungskultur in Kirchenkreisen an ihre Grenzen stößt, weil die Ansprüche zu hoch sind.“ Es bleibe die Aufgabe, die vielen Glieder in der Kirche organisationsfähig zu halten. „Dabei muss die Wahrheit in unseren eigenen Glaubensverständnissen offen gehalten und es muss im Diskurs weiterhin nach ihr gesucht werden.“

## Diakonie: Flüchtlingshelfer nicht überfordern

„Die Hilfe für Flüchtlinge ist eine Querschnittsaufgabe, die die ganze Gesellschaft betrifft“, sagte Diakonie-Chef Christoph Künkel in seinem Bericht vor der Landessynode.

Der Vorstandssprecher des Diakonischen Werkes evangelischer Kirchen in Niedersachsen warnte aber auch vor einer Überforderung ehrenamtlicher Helfer bei der Betreuung von Flüchtlingen: „Wir dürfen den Staat nicht aus seiner primären Verantwortung entlassen.“ Die Helfer sollten „ergänzend, aber nicht ersetzend tätig sein“.

Damit das Engagement bestehen bleibe, müsse die Freiwilligenarbeit beispielsweise durch Seelsorger begleitet werden. Viele Helfer starteten mit großem Engagement, sagte Künkel: „Die Frustrationsrate angesichts der vielfältigen Probleme, die die Flüchtlinge mitbringen, steigt dann wahnsinnig schnell.“ Die Flüchtlingsarbeit werde aber zusammenbrechen, wenn nicht neue Freiwillige gewonnen werden könnten. Es sei damit zu rechnen, dass das Engagement der Ehrenamtlichen noch mindestens fünf bis zehn Jahre gebraucht werde.

Christian Castel betonte in der Aussprache, dass die Ehrenamtlichen erst im Laufe der Zeit merken, wieviel Arbeit in der Flüchtlingshilfe stecke. Die Frage sei, wie die Menschen unterstützt werden könnten, die die Flüchtlinge nicht im Stich lassen wollten. Ottomar Fricke fragte ergänzend: „Wie können Ehrenamtliche betreut werden, wenn sich ein Flüchtling das Leben nimmt?“

Künkel betonte, dass Coachings aus Diakoniekollekten finanziert werden könnten. Auch das Diakonische Werk stelle für die Einzelfallhilfe Mittel zur Verfügung.

Künkel dankte der Landessynode, dass sie pro Haushaltsjahr 300.000 Euro für die Flüchtlingsarbeit zur Verfü-



*Bettina Siegmund und Christian Sürle*

gung stelle. Zudem lobte der Diakonie-Chef das kirchliche Engagement vor Ort. In einem Kirchenkreis seien neun von 18 Kirchengemeinden aktiv. Sie zeichneten sich durch vielfältiges Engagement wie Schularbeitenhilfe, Sprachkurse oder Fahrradwerkstätten aus. Dabei gehe es nicht in erster Linie um Finanzen. „Es geht darum, den Menschen, die zu uns kommen, auch menschlich zu begegnen.“

Angesichts der steigenden Zahlen von Asylsuchenden mahnte Künkel zudem einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Kirchenasyl an. „Kirchenasyl ist die ultima ratio, die rechtswidrig bleibt.“ Die Gesetzgebung dürfe durch eine mögliche Ausreizung dieser Fälle nicht herausgefordert werden. Beim Kirchenasyl nehmen Kirchengemeinden abgelehnte Asylbewerber auf,

denen nach ihrer Einschätzung im Falle einer Abschiebung Gefahr an Leib und Leben droht.

Die Kirchen sollten sich auf die breite Arbeit mit Flüchtlingen konzentrieren und das Thema Kirchenasyl weiterhin im Stillen behandeln, forderte Künkel. Der Statistik zufolge gab es im vergangenen Jahr bundesweit 430 Fälle von Kirchenasyl mit 788 Personen, davon 237 Kinder. Das Ziel ist, diese Fälle rechtlich neu bewerten zu lassen.

Kritik übte Künkel an den begrenzten Kapazitäten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Dieses könne jährlich nur rund 60.000 Anträge bearbeiten, während allein in diesem Jahr rund 400.000 Flüchtlinge erwartet würden. „Mir ist völlig unverständlich, warum die Bundesregierung hier nicht nacharbeitet.“



## Neue Chancen für Konfirmandenarbeit

**Wie können sich Kirchengemeinden auf die zunehmende Zahl der Ganztagschulen einstellen? Dieser Frage ging der Bildungsausschuss nach. Dabei geht es vor allem um die Konfirmandenarbeit.**

„Die Ganztagschule beansprucht zunehmend mehr Nachmittagszeiten, die bisher den Familien, Vereinen, Musikschulen oder der kirchlichen Jugendarbeit vorbehalten waren“, sagte Rolf Bade als Ausschussvorsitzender. „Hieraus entstehende Konkurrenzen gilt es für beide Seiten konstruktiv zu wenden.“ Weil die Zeit für die Schülerinnen und Schüler immer knapper werde, könne es nicht um „Addition“ gehen, unterstrich Bade: „Der Gedanke der Äquivalenz muss ganz stark gemacht werden.“

Kirchengemeinden, Kirchenkreise und die Evangelische Jugend sollten deshalb enge Kontakte zu den Schulen in

ihrer Umgebung pflegen und mit ihnen kooperieren „Unter der Verantwortung der Kirchengemeinde könnte eine Phase des Konfirmandenunterrichtes für Schülerinnen und Schüler in einer Ganztagschule erprobt werden.“ Die Landessynode beschloss unter anderem, das Landeskirchenamt solle Verhandlungen mit dem Kultusministerium aufnehmen mit dem Ziel, dass die Teilnahme am Konfirmandenunterricht der Teilnahme am Ganztagsangebot rechtlich gleichgestellt wird. „Das wäre ein echter Durchbruch“, sagte Bade. Rechtlicher Ausgangspunkt dafür ist Paragraph 2 des Niedersächsischen Bildungsgesetzes, nach dem der Bil-

dungsauftrag der Schule auch auf das Christentum bezogen ist.

Ein weiterer Punkt war der Streit um den vorerst gescheiterten Umzug der evangelischen „Waldschule“ in Wolfsburg. Die Landeskirche hofft nun weiter auf eine umfassende Sanierung des jetzigen Schulgebäudes am Wald: „Damit an einem gut ausgestatteten Lernort gute Bildung stattfinden kann“, sagte Bade. Die bisherigen Räume seien für einen drei- bis vierzügigen Betrieb der zweisprachigen Ganztagschule mit rund 300 Schülern auf Dauer nicht geeignet. Es müsse mehr Klassenräume geben, um nicht zu viele Interessierte abweisen zu müssen.

## Ganztagschule ist Herausforderung für Jugendarbeit

Durch den Ausbau der Ganztagschulen sind immer mehr Kinder und Jugendliche bis in den Nachmittag hinein im Schulalltag gebunden. Das spüren Kirchengemeinden in ihrem Angebot. Eine Kooperation mit außerschulischen Partnern sei von den Schulen gewünscht, hier könne sich auch die Evangelische Jugend einbringen. Das machte Oberlandeskirchenrätin Kerstin Gäfgen-Track in ihrem Bericht deutlich. Projekte schulkoooperativer Arbeit bestehen bereits in vielen Kirchenkreisen. „Die kirchliche Arbeit in der Schule unterscheidet sich von der Verbandsarbeit dadurch, dass wir hier einen nichtkirchlichen Partner mit im Boot haben“, sagte Gäfgen-Track in ihrem Bericht. Dabei behalte der Verband auch in der Schule seine Eigenständig-



Die Jugenddelegierten

keit. Die Arbeit müsse dort, wo sie gut laufe, unterstützt werden, sagte der Jugenddelegierte Jonas Jakob Drude. „Aber das darf nicht zu Lasten der Verbandsarbeit gehen.“ Gäfgen-Track machte deutlich, dass

die kirchliche Arbeit in der Schule auch eine Gratwanderung sei. Einerseits gehe es nicht um missionarische Arbeit, andererseits gehöre der Glaube für die Mitarbeitenden untrennbar dazu. Dieses Problem benannte auch Martin Runnebaum. „Ohne Missionsgedanken erscheint mir diese Arbeit ziemlich blutleer. Die evangelische Jugendarbeit lebt auch von der Begeisterung für den Glauben.“ Dies unterstrich auch die Oberlandeskirchenrätin, verwies aber darauf, man müsse den Konflikt „sehr sensibel handhaben“. Die Kooperation sei eine Win-Win-Situation, sagte Runnebaum: „Die Schule gewinnt einen starken Partner, die Kirche wird hier mit Themen konfrontiert, mit denen sie sonst oft gar nicht in Berührung käme.“

# Gesetz soll regionale Zusammenarbeit regeln

**Der Kirchensenat soll bis zum Herbst 2015 ein Kirchengesetz zur Neuordnung der regionalen Zusammenarbeit von Kirchengemeinden vorlegen. Ein Bericht dazu fand viel Anklang.**

Oberlandeskirchenrat Rainer Mainusch skizzierte in seinem Bericht, welche Formen der Zusammenarbeit es bisher gibt. Möglich sind die pfarramtliche Verbindung, die Arbeitsgemeinschaft, der Kirchengemeindeverband, die zusammengelegte Kirchengemeinde und die Gesamtkirchengemeinde.

„Die regionale Zusammenarbeit von Kirchengemeinden ist die Normalform kirchlicher Arbeit“, betonte er. Das neue Gesetz soll die Möglichkeiten dazu transparent machen, indem es die verstreuten und teils unklaren Regelungen zusammenfasst. Mainusch sprach von einem „Baukasten“ verschiedener Gestaltungsformen. „Das Aktenstück lädt Kirchengemeinden ein, sich auf den Weg zu machen, indem es ihnen nicht vorgibt, wie sie sich zu organisieren haben.“ Die Rahmenbedingungen kirchlicher Arbeit hätten sich gewandelt, unter anderem durch den demografischen Wandel, den wachsenden Fachkräftemangel und die veränderte Rolle der Kirche in der Gesellschaft. Der Oberlandeskirchenrat zog einen Vergleich zum Automobilbau: Bis zum

Beginn der 1970er Jahre sei bei Volkswagen der Käfer das Erfolgsmodell gewesen. Dann habe Volkswagen wegen



*Rainer Mainusch*

veränderter Bedingungen ein neues Auto entwickeln müssen. Herausgekommen sei der Golf. Aber auch dieser sei zum Erfolgsmodell geworden. So verhalte es sich auch bei den einzelnen Ortsgemeinden und den neuen Modellen der regionalen Zusammenarbeit.

Das neue Kirchengesetz soll unter anderem die Bildung und Erhaltung einer örtlichen Identität fördern, zwischen „ortsbezogenem und aufgabenorientiertem Pfarrdienst“ differenzieren und Grundlagen für die Zusammenfassung der Stellenanteile von Sekretariats- und Küsterdienst schaffen. So könnten attraktive Arbeitsverhältnisse entstehen. Die Zusammenarbeit eröffne neue Räume der Beziehungsarbeit und auch der Entlastung.

In der Aussprache wies Hans Christian Brandy auf die theologische Dimension hin: „Es geht um einen geistlichen Prozess.“ Die Frage sei, wie das Wort Gottes unter den gegenwärtigen Bedingungen möglichst effizient weitergegeben werden könne. Eckart Richter sagte: „Wir können uns kirchliche Arbeit schon gar nicht mehr ohne regionale Zusammenarbeit vorstellen.“ Fritz Hasselhorn betonte, entscheidend sei, dass sich Kirchengemeinden frei für ein Modell entscheiden könnten. Michael Gierow regte an, qualifizierte Fortbildungen für Regionaldiakone und Regionaldiakoninnen zu entwickeln.

## Jugendsynode

Insgesamt 76 Jugendliche und junge Erwachsene kommen zur Herbsttagung der Landessynode zu einer Jugendsynode nach Hannover. Sie stehe unter dem Motto „Kirche lebt vom Ehrenamt – wovon leben Ehrenamtliche in der Kirche?“, kündigte Bernd Rossi an. Das Engagement der Jugendlichen im Vorfeld sei beeindruckend.

## Ausschuss will über Bestattung beraten

Die Themen Sterben und Bestattung standen im Mittelpunkt eines Zwischenberichtes des Ausschusses für Theologie und Kirche, den Hanna Löhmannsröben als Vorsitzende einbrachte. Bei Fragen zum ärztlich assistierten Suizid oder der wandelnden Bestattungskultur gehe es nicht um fertige Antworten. Vielmehr sollten

aus theologischer Sicht Prüfkriterien entwickelt werden, so Löhmannsröben. Diese könnten zu Handlungsempfehlungen für andere Ausschüsse werden, seien aber noch vertiefend zu bearbeiten. Die Landessynode nahm den Bericht zustimmend zur Kenntnis. Er wird dem Umwelt- und Bauausschuss zur Verfügung gestellt.

## Dialog mit Islam bleibt Thema

Der Ausschuss für Mission und Ökumene hat sich aufgrund der aktuellen politischen Ereignisse intensiv mit dem Islam beschäftigt. Der christlich-muslimische Dialog wird nach Auffassung des Vorsitzenden, Ottomar Fricke, in den nächsten Jahren ein wichtiges Thema bleiben. Auf diesem Weg befänden sich eine Menge Herausforderungen. Noch immer gebe es Vorurteile gegenüber „dem Islam“, die durch Adjektive wie „radikal, gewaltbereit und gewalttätig“ gekennzeichnet seien.

Aufgabe der Landeskirche sei es, eigene Positionen für den Dialog zwischen Christen und Muslimen zu entwickeln. Dabei müsse deutlich werden, was zu einer Vertiefung des Austauschs führen könne, betonte Fricke. Dazu gehörten Fragen nach den

Grundlagen für einen Dialog und den Ansprechpartnern auf muslimischer Seite. Bis heute gebe es kaum akademisch ausgebildete muslimische Theologen in Deutschland. Zudem müsse klarer werden, welche Initiativen besonders gefördert werden könnten.

Die Mitglieder der Landessynode beschlossen, das Thema zunächst federführend im Ausschuss für Mission und Ökumene sowie im Ausschuss für Theologie und Kirche zu vertiefen. Dabei soll ein Bericht mit konkreten Handlungsmöglichkeiten für einen konstruktiven christlich-muslimischen Dialog erarbeitet werden, der auch die theologische Seite beleuchtet. Beiden Ausschüssen soll die im Juli zu erwartende Handreichung der EKD zu dem Thema zur Verfügung gestellt werden.

## Entscheidung vertagt

Dürfen Gleichstellungsbeauftragte zugleich Mitglied der Mitarbeitervertretung sein? Die Landessynode hat die Entscheidung darüber auf das Frühjahr 2017 vertagt. Sie folgte damit einem gruppenübergreifenden Antrag von Rolf Bade. „Die Gleichstellungsbeauftragten müssen sich noch in ihrer Rolle finden“, sagte er. Weitere Änderungen des Gleichstellungsgesetzes wurden jedoch beschlossen. Der Vorsitzende des Rechtsausschusses, Thomas Reisner, machte keinen Hehl daraus, dass er gerne schon jetzt alle Änderungen beschlossen hätte. LKA-Präsidentin Stephanie Springer plädierte für eine möglichst große Unabhängigkeit der Gleichstellungsbeauftragten.

## Finanzierung schwacher Kirchenkreise

Der Bericht des Landeskirchenamtes zur Auswertung und Fortentwicklung der finanziellen Förderung von Kirchenkreisen aus dem Strukturanpassungsfonds wurde von Oberlandeskirchenrat Rainer Mainusch eingebracht. Im Januar 2013 ist der Strukturanpassungsfonds eingeführt worden. Deutlich ist, dass bei einer Reduzierung der durchschnittlichen landeskirchlichen Einsparvorgaben auf insgesamt vier Prozent – das entspricht einem Prozent pro Haushaltsjahr – einige Kirchenkreise so hohe Einsparvorgaben hätten, dass sie den notwendigen Strukturwandel ohne zusätzliche finanzielle Unterstützung nicht gestalten könnten.

Das Landeskirchenamt schlägt einen Zwei-Stufen-Plan vor: Die erste Stufe betrifft die Jahre 2017 bis 2022. In der

zweiten Stufe ab 2023 geht es um die Frage, wie ein ergänzendes System auf Dauer durch zusätzliche landeskirchliche Solidarität ermöglicht werden kann.

Die erste Stufe besteht aus drei Schritten: Dem ersten Schritt liegt das Berechnungsmodell aus dem Strukturanpassungsfonds 3 zugrunde. Im zweiten Schritt soll sich die Förderung auf strukturschwache Kirchenkreise konzentrieren.

Der dritte Schritt ist eine behutsame Modifikation der Förderungsbedingungen, um gerade auch Kirchenkreisen in prekärer finanzieller Lage kreatives Handeln zu ermöglichen. Die Landessynode beschloss, den Bericht dem Schwerpunkte- und dem Finanzausschuss zu überweisen.

## Superintendenten immer wichtiger

Das Amt der Superintendentinnen und Superintendenten hat eine immer größere Bedeutung erhalten. Die Frage sei deshalb, wie es in Zukunft attraktiv gestaltet werden könne, sagte Michael Gierow. Dabei gehe es nicht nur um Geld, sondern auch um Entlastung und die Ausstattung der Superintendenturbüros. Auch Rolf Bade betonte: „Mehr Besoldung ist eine Wertschätzung, aber noch keine Entlastung.“ Die Landessynode will sich im Herbst erneut mit der Frage beschäftigen. Sie beriet auch über Änderungen des Kirchengesetzes über die Wahl und die Amtszeit der Superintendenten und Superintendentinnen und bat den Kirchensenat, dafür einen Entwurf vorzulegen.



*Landesbischof Ralf Meister im Gespräch mit seinen Vorgängern Abt Horst Hirschler und Altabt Professor Eduard Lohse. Lohse hielt vor der Landessynode eine Bibelarbeit.*



*Cornell Babendererde ist neue zweite Vizepräsidentin im Präsidium.*



*Synodenpräsident Matthias Kannengießer (links) verabschiedet Oberlandeskirchenrat Jürgen Drechsler in den Ruhestand.*

Herausgegeben im Auftrag der  
25. Landessynode der Evangelisch-  
lutherischen Landeskirche Hannovers vom  
Verband Evangelischer Publizistik  
Niedersachsen-Bremen (VEP)  
Knochenhauerstr. 38-40, 30159 Hannover

Redaktion:

Ulrike Millhahn (verantwortlich)  
Anke Brockmeyer, Michael Grau,  
Charlotte Morgenthal

Unter Mitwirkung der  
Presse- und Öffentlichkeitsbeauftragten:  
Sonja Domröse, Hannegreth Grundmann,  
Stefan Heinze, Hartmut Merten,  
Gunnar Schulz-Achelis,  
Benjamin Simon-Hinkelmann

Internet: [www.synode.landeskirche-hannovers.de](http://www.synode.landeskirche-hannovers.de)

Gestaltung und Layout: Marc Vogelsang  
(Evangelisches MedienServiceZentrum)

Assistenz: Martina Rosenwirth (VEP)

Fotos: Jens Schulze

Druck: Steppat Druck GmbH, Laatzen